

421190-2026 - Kompetizzjoni

Il-Ġermanja – Servizzi dwar l-arkitettura, l-inġinerija u l-ippjanar – Generalplanungsleistungen LP 2-9 -ID26106Syn

OJ S 117/2026 19/06/2026

Avviż tal-kuntratt jew tal-konċessjoni – reġim standard
Servizzi

1. Xerrej

1.1. Xerrej

Isem uffiċjali: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 -

Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Email: vergabe-hochbau@senstadt.berlin.de

Tip legali tax-xerrej: Awtorità reġjonali

Attività tal-awtorità kontraenti: Servizzi publiċi ġenerali

2. Proċedura

2.1. Proċedura

Titlu: Generalplanungsleistungen LP 2-9 -ID26106Syn

Deskrizzjoni: 07Y02, Großsanierung BSO VI - Rückert-Gymnasium (Sternberg-Grundschule), Mettestraße 8, 10825 Berlin Das genehmigte Bedarfsprogramm liegt vor. Für die weitere Planung werden folgende hochbaulichen Planungsdisziplinen zu einer Generalplanung zusammengeführt: Objektplanungen Gebäude und Innenräume, Freianlagen und Ingenieurbauwerke, sowie Fachplanungen TA, Tragwerk, Bauphysik und Brandschutz, außerdem die BNB-Koordination.

Identifikatur tal-proċedura: 1117b195-65e8-4aaf-953c-8ea28d2e45e5

Identifikatur intern: VM_26106_VgV_VmT_Syn

Tip ta' proċedura: Innegojzjata bil-pubblikazzjoni minn qabel ta' sejha għall-kompetizzjoni/għall-kompetizzjoni bin-negojzar

Il-proċedura hija aċċellerata: le

2.1.1. Għan

Natura tal-kuntratt: Servizzi

Klassifikazzjoni prinċipali (cpv): 71240000 Servizzi dwar l-arkitettura, l-inġinerija u l-ippjanar

2.1.2. Post tal-prestazzjoni

Belt: Berlin

Kodiċi postali: 10825

Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Berlin (DE300)

Pajjiż: Il-Ġermanja

2.1.4. Informazzjoni ġenerali

Informazzjoni addizzjonali: Zum Zeitpunkt der Bewerbung (Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge gem. Nr. 5.1.12) sind als Nachweis der Eignung die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) und die Zusatzerklärung zur EEE (ZEEE) einzureichen. Die vom Auftraggeber (AG) bereitgestellte und den Vergabeunterlagen beigelegte Einheitliche Europäische Eigenerklärung EEE siehe: <https://eee.evergabe-online.de/> ist, soweit nichts anderes erklärt wird, von den teilnehmenden Unternehmen vollständig in allen ihren Teilen II

bis VI auszufüllen, als PDF-Datei auf elektronischem Wege auf der Vergabeplattform (Textform) inklusive der vollständig ausgefüllten Zusatzerklärung (ZEEE) zur EEE hochzuladen. Wird die Zusatzerklärung als Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt, ist diese auszufüllen und auf dem Platzhalter "Bewerberbogen" hochzuladen. Sofern Bewerber-/Bietergemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe erforderlich sind, ist die EEE mehrfach auszufüllen. Bewerber-/Bietergemeinschaften: - haben jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss der Durchführung des Vertrages zu benennen. Dies erfolgt durch die Abgabe der in der EEE verlangten Angaben (Teil II Angaben des Wirtschaftsteilnehmers am Ende von Abschnitt A). Füllen Sie bitte a) bis b) und ggf. c) aus. Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam mit anderen am Vergabeverfahren teil, trägt dieser dafür Sorge, dass die sonstigen Beteiligten eine separate EEE vorlegen. Nachunternehmer (Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe): - Teil II Abschnitt C erfordert eine EEE mit den Abschnitten A und B dieses Teils und Teil III sowie die Angaben in der ZEEE und Teil V soweit sie für die spezifischen Kapazitäten relevant sind; Nachunternehmer (Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe): - wenn das beteiligte Unternehmen einen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer einsetzen will (gem. EEE Teil II D), muss für die Unterauftragnehmer keine separate EEE beigelegt werden. Der Unternehmer muss jedoch Angaben in der EEE vornehmen und hat Angaben in Teil II A und B und das nicht Vorliegen von Ausschlussgründen in Teil III bei dem von ihm vorgesehenen Unterauftragnehmer vorzulegen. EEE Teil IV - Eignungskriterien: - die vom AG zur Verfügung gestellte Zusatzerklärung zur EEE ist zwingend zu vervollständigen. EEE Teil V - Verringerung der Zahl geeigneter Bewerber: - hier muss der Bewerber zu den in der Bekanntmachung genannten Auswahlkriterien/Vorschriften/Mindeststandards Stellung nehmen. Die Nichteinhaltung von Mindeststandards führt zum Ausschluss am weiteren Verfahren. Ein allgemeines Infoblatt zur Abgabe der EEE und der Leitfaden des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für das Ausfüllen der EEE sind bei den Vergabeunterlagen eingestellt. Zur Prüfung des Teilnahmeantrages (TNA) ist zwingend die vom AG erzeugte EEE-Anfrage (Datei: "espd-Request.xml") gem. Infoblatt Abgabe EEE zu vervollständigen und mit der ausgefüllten ZEEE inkl. der Eignungskriterien zur EEE einzureichen. Die EEE besteht aus einer ggf. mehreren EEEs. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe mit Eignungsleihe sind die entsprechenden Erklärungen in der Zusatzerklärung zur EEE anzugeben und einzureichen. Eine fehlende EEE/ZEEE führt zum Ausschluss. Nachforderungen sind ausgeschlossen. Darüber hinausgehende Unterlagen werden im Rahmen der Eignungsprüfung im Teilnahmewettbewerb nicht gefordert und nicht zur Eignungsprüfung berücksichtigt. Alle Nachweise sowie Unterlagen sind gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe auf Verlangen des Auftraggebers einzureichen. 1) Alle Bewerbungen sind zwingend unter Benutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Unterlagen einzureichen. 2) Bekanntmachung/EEE/Zusatzerklärung-EEE/Vergabeunterlagen sowie Hinweise/Anfragen/ Korrekturen siehe Nr. 5.1.11 Auftragsunterlagen. 3) Nur die in den ZEEEs genannten Referenzen werden einbezogen. Die bereitgestellte Zusatzerklärung bezieht sich auf die Mindestzahl von Referenzen. Bei Nennung weiterer Referenzen ist die ZEEE (Datei) ein weiteres Mal zu verwenden. 4) Änderungen in der EEE/ZEEE sind nicht zulässig. 5) Alle einzureichenden Unterlagen müssen in deutscher Sprache gestellt werden. Gleichwertige Nachweise/Erklärungen anderer Herkunftsländer sind in beglaubigter deutscher Übersetzung zwingend beizulegen. 6) Fragen sind über die Vergabeplattform bis zum in der eVergabe angegebenen Datum an die Vergabestelle zu richten. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform. 7) Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentral beim Bundesamt für Justiz anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten

soll, eine eventuelle Eintragung des Bieters im Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen. Der Bieter (einschließlich eventueller Nachunternehmer) darf keinen Eintrag im Wettbewerbsregister haben. Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der EU-Sanktionsverordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos (EG) Nr. 881/2002 vom 27.05.2002, 753/2011 vom 01.08.2011 sowie 2580/2001 vom 27.12.2001 eine Abfrage in den Finanz-Sanktionslisten (www.finanz-Sanktionsliste.de/fisalis/) veranlassen. 8) Bewerbergemeinschaften gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter sind zugelassen (s. Nr. 2.1.4 Allgemeine Informationen und Nr. 5.1.9 Eignungskriterien). Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind grundsätzlich unzulässig und können zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen. Im Zweifelsfall haben die Bewerber nachzuweisen, dass der Wettbewerb durch die Mehrfachbeteiligungen nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt nicht in gleicher Weise für Mehrfachbewerbungen als Nachunternehmer. Der Auftraggeber behält sich bei Bewerbern oder Bewerbergemeinschaften mit demselben Nachunternehmer vor, diese Nachunternehmer aus Wettbewerbsgründen von der Teilnahme an den Bietergesprächen auszuschließen. Die Nachunternehmerleistung kann in diesem Fall dennoch zum Gegenstand der Bietergespräche werden. 9) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es bestehen gesonderte Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG), insbesondere im Hinblick auf die Abgabe von Erklärungen, siehe Vergabeunterlagen. 10) Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Auswahl bei Punktegleichstand: Sollten mehrere Bewerber/Bewerberinnen an der letzten zu vergebenden Rangposition die gleiche Punktzahl erreichen, werden diese Bewerber/Bewerberinnen zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen, auch wenn dadurch die Höchstzahl überschritten wird. 11) Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich. 12) Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (iTWOtender) in Textform eingereicht werden. 13) Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen /Antworten zu verwenden.

Baži legali:

Direttiva 2014/24/UE

vgv -

2.1.6. Raġunijiet għall-eskluzjoni

Sors tal-motivi għall-eżklussjoni: Avviż

Parteċipazzjoni f'organizzazzjoni kriminali: Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen

Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

Ksur tal-obbligi fl-oqsmata tal-liġi soċjali: Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

5. Lott

5.1. Lott: LOT-0000

Titlu: Generalplanungsleistungen LP 2-9 - ID26106Syn

Deskription: Das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen beabsichtigt die Beauftragung von Generalplanerleistungen für die denkmalgerechte Sanierung des Rückert-Gymnasiums an der Adresse Mettestraße 8, 10825 Berlin. Die Leistungspflichten des Generalplaners erstrecken sich im Wesentlichen auf freiberufliche Planungsleistungen im Bereich der Objektplanung gemäß § 34 HOAI, der Objektplanung Freianlagen gemäß § 39 HOAI, der Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß § 43 HOAI, der Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI, der Fachplanung technische Gebäudeausstattung gemäß § 55 HOAI, der Fachplanung Bauphysik, Bauakustik und Raumakustik, der Brandschutzplanung sowie auf Beratungsleistungen der BNB-Koordination. Diese Leistungspflichten beinhalten sowohl Grundleistungen als auch besondere und optionale Leistungen. Es wurde für das Schulgebäude ein "Handlungsbedarf" festgestellt. Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (BSO) erfolgte eine Einstufung als Großsanierung. Sowohl die Anordnung der Räume (Funktionszusammenhänge) als auch die Raumgrößen entsprechen nicht den Ansprüchen eines modernen Schulgebäudes und den Vorgaben der Musterraumprogramme. Aus diesem Grund ist zusätzlich zur Sanierung der vorhandenen Bausubstanz eine strukturelle Modernisierung im Rahmen der Großsanierung des Schulgebäudes notwendig. Das zu sanierende, denkmalgeschützte Schulgebäude besteht aus dem 5-geschossigen Hauptgebäude (Bauteil A) aus dem Jahr 1914 sowie dem 4-geschossigen Ergänzungsbau (Bauteil B) von 1963. Die beiden Gebäude sind in der Denkmalliste Berlin eingetragen und stehen unter Denkmalschutz. Die Gebäude sind in Mauerwerks- bzw. Massivbauweise errichtet und weisen einen mittleren (Bauteil B, Ergänzungsbau) bis hohen (Bauteil A, Hauptgebäude) Sanierungsbedarf auf. Zentral im Gebäudekomplex sind die zwei Sporthallen und darüber liegend die Aula angeordnet. Diese Anordnung unterteilt die Gebäude in zwei Bereiche, da eine Durchquerung nur über diese

Räume möglich ist. Alternativ müssen beim Wechsel der Bereiche die Gebäude verlassen werden. Im Rahmen der Maßnahme werden die bestehenden Gebäude erhalten und die Räume an den erkannten Nutzungsbedarf angepasst bzw. modernisiert. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur barrierefreien Nutzung, sowie zur Brandschutzertüchtigung der Gebäude vorgesehen. Am bestehenden Erweiterungsbau (Bauteil B) ist der Anbau eines neuen Aufzuges inkl. einer barrierefreien WC-Anlage und eines Fluchttreppenhauses geplant. Teilflächen vom Erweiterungsbau (Bauteil B) werden aufgestockt. Die technischen Anlagen beider Gebäude sind in sämtlichen Anlagengruppen stark sanierungsbedürftig. Die Wärmeversorgung erfolgt über Fernwärme, in nutzungsintensiven Teilbereichen sind Lüftungsanlagen vorgesehen. Zudem wird die Fachraumausstattung, das Datennetz sowie die Abwasser- und Wasseranlagen und Gasversorgung für Küche und Fachräume umfassend erneuert. Die an das Bestandsgebäude angrenzenden Freiflächen und der zentrale Schulhof werden nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen entsprechend des Ist-Zustandes wiederhergestellt. Zusätzliche werden im Rahmen der bezirklichen Maßnahmen zur strukturellen Modernisierung 445m² Außenanlagen (Tischtennisbereich, Skate- und Calisthenics-Anlage) neu hergestellt. Die Baumaßnahme erfolgt abschnittsweise in 2 Bauphasen im laufenden Schulbetrieb. Im Rahmen der Bauphase 1 erfolgt der Auszug der Grundschule aus dem Bauteil B, die Sanierung des Bauteil B und der anteilig dazugehörigen Verkehrs- und Unterrichtsflächen im Bauteil A. Zur Sicherstellung des durchgängigen Schulbetriebes des Rückert-Gymnasiums erfolgt eine temporäre Errichtung eines Interimsgebäudes (Container-Schulbau) auf dem Grundstück vor Abschluss der Bauphase 1 zur Auslagerung von Teilflächen aus dem Bauteil A ins Interimsgebäude. Nach Abschluss der Bauphase 1 erfolgt eine vorgezogene Nutzungsaufnahme der sanierten Teilflächen zusammen mit der Nutzungsaufnahme des Interimsgebäudes als Voraussetzung für den Beginn der Bauphase 2 (Sanierung Bauteil A). Die vollwertige technische Erschließung der in Nutzung befindlichen Teilflächen des Bestandes und des Interimsgebäudes muss über vorauslaufende Maßnahmen des Ingenieurbaus und der Technischen Gebäudeausrüstung sichergestellt werden. Ebenso muss die vollwertige funktionale Erschließung der in Nutzung befindlichen Teilflächen des Bestandes und des Interimsgebäudes über vorauslaufende Maßnahmen in den Freianlagen sichergestellt werden. Die denkmalgerechte Sanierung soll unter den Aspekten der energetischen Ertüchtigung und der Nachhaltigkeit erfolgen. Die Maßnahme liegt im Geltungsbereich der VwVBU Leistungsblatt 26 und erfolgt unter Anwendung des BNB-Moduls "Unterrichtsgebäude Komplettisanierung".

Identifikatur intern: 0

5.1.1. Għan

Natura tal-kuntratt: Servizzi

Klassifikazzjoni principali (cpv): 71240000 Servizzi dwar l-arkitettura, l-inġinerija u l-ippjanar

Għażliet:

Deskrizzjoni tal-għażliet: Mit Beauftragung erfolgt der Leistungsabruf der Leistungsstufe 1 mit der Leistungsphase 2. Die weiteren Leistungsstufen werden stufenweise beauftragt. Die Leistungserbringung startet direkt nach der Beauftragung. Entsprechend der vertraglichen Regelung besteht kein Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller einzelnen Leistungsstufen oder aller besonderen optionalen Leistungen. Folgende Planungsleistungen sind als optionale Leistungen vorgesehen: Erstellung Konzept zur Barrierefreiheit (Gebäudeplanung Interimsgebäude), Beurteilung und Bewertung der vorhandenen Bausubstanz (Planung Freianlagen), Erstellung von Leitungsbestandplänen (Planung Ingenieurbauwerke), Anfertigen von Plänen für Anschlüsse von bereitgestellten Betriebsmitteln und Maschinen (Planung Technische Ausstattung), Gebäudesimulationen zur Untersuchung des thermischen Komforts (Planung Bauphysik Wärmeschutz), Schallimmissionsprognose für Nachrüstung

Raumluftanlagen sowie zum maßgeblichen Außenlärmpegel (Planung Bauphysik Bauakustik), Fortschreibung Brandschutzkonzept auf Basis Rücklauf Baugenehmigung (Planung Brandschutz).

5.1.2. Post tal-prestazzjoni

Belt: Berlin

Kodiċi postali: 10825

Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Berlin (DE300)

Pajjiż: Il-Ġermanja

5.1.3. Tul ta' żmien stmat

Tul ta' żmien: 111 Xhur

5.1.6. Informazzjoni ġenerali

Parteċipazzjoni riżervata:

Il-parteċipazzjoni mhijiex riżervata.

Proġett ta' akkwist mhux iffinanzjat mill-Fondi tal-UE

L-akkwist huwa kopert mill-Ftehim dwar l-Akkwisti Pubbliċi (GPA): iva

Dan l-akkwist huwa adattat ukoll għall-intrapriżi żgħira u ta' daqs medju (SMEs): le

5.1.7. Akkwist strateġiku

Għan tal-akkwist strateġiku: Ebda akkwist strateġiku

Approċċ għat-tnaqqis tal-impatti ambjentali: Oħrajn

Għan soċjali promoss: Ugwaljanza bejn in-nisa u l-irġiel

5.1.9. Kriterji tal-għażla

Sors tal-kriterji ta' għażla: Avviż

Kriterju: Reġistrazzjoni f'reġistru professjonali rilevanti

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: a) Erklärung zum Wirtschaftsteilnehmer/Unternehmen, Inhaber und ggf. wirtschaftliche Verknüpfung zu anderen Unternehmen; b) Erklärung zur Eintragung in Handels- oder Berufsregister; c) Verfügt über die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für den/die Inhaber/Inhaberin oder die Führungskräfte des Unternehmens; d) Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB sowie von Fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB. Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Die geforderten Schlüsselpersonen (GP-Gesamtprojektleitung) müssen über eine abgeschlossene Hochschul- oder Fachhochschulausbildung als Architekt oder Bauingenieur verfügen. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal: Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind. Il-kriterji se jintużaw biex jintgħażlu l-kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura

Kriterju: Rekwiziti ekonomiċi jew finanzjarji oħra

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Angaben zu wirtschaftlicher und finanzieller

Leistungsfähigkeit [1] Berufshaftpflichtversicherung nach § 45 Absatz 1 Nr. 3 VgV und Abs. 4

Nr. 2 VgV [2] Angaben Mindestjahresumsatz nach § § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4

VgV [1] Anforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4

Nr. 2 VgV: Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zu einer bestehenden

Berufshaftpflichtversicherung abzugeben. Sollten die gemachten Angaben des Teilnehmers in

der ZEEE, Teil IV B nicht den geforderten Angaben entsprechen, wird mit der ZEEE erklärt,

dass der Teilnehmer dies zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen kann (siehe Folgetext). Eine Deckungssumme von mindestens 3 Mio. EUR für Personenschäden und mindestens 5 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden) je Schadensereignis, in einem Mitgliedsstaat der EU oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen wird verlangt. Die Gesamtleistung der Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die vereinbarten Deckungssummen sind anzugeben. Der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen ist durch Vorlage einer aktuellen Versicherungsbestätigung erst auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. Der Nachweis gilt auch als erbracht, wenn eine unwiderrufliche Erklärung des Versicherungsunternehmens vorgelegt wird, mit der es den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Nach Erteilung des Auftrages muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Im Falle einer Bietergemeinschaft haften die Mitglieder der Gemeinschaft (ARGE) mit Beauftragung gesamtschuldnerisch. Schließt eine Bewerbergemeinschaft keine zu den oben genannten Bedingungen angegebene Berufshaftpflichtversicherung ab, muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft über eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung verfügen.

[2] Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV: Anzugeben ist der spezifische Jahresumsatz (netto) in dem Tätigkeitsbereich der geforderten Dienstleistung jeweils in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) sowie der entsprechende Durchschnittliche Jahresumsatz (netto) dieser letzten 3 Jahre. Geforderte Mindeststandards: [zu 1] Ein Bewerber muss die entsprechende Berufshaftpflichtversicherung erbringen; [zu 2] Ein Bewerber wird bei Nichteinhaltung eines spezifischen Jahresumsatzes im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2023/2024/2025) von mindestens 700.000 EUR (netto) nicht als geeignet für die Erfüllung des Auftrages angesehen.

Il-kriterji se jintużaw biex jintgħażlu l-kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura

Kriterju: Referenzi fuq servizzi speċifiċi

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Angaben zu technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV [2] Angaben der technischen Fachkräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 2 VgV [3] Erklärung über Beschäftigte und Anzahl der Führungskräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV, Angaben zu: Gefordert werden Referenzen des hauptverantwortlichen Unternehmens in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen. Projektbezeichnung, Ort der Ausführung, Bearbeitungsumfang, Planungs- und Ausführungszeitraum, Datum der Übergabe der Leistungsphase 8 der HOAI an den AG, Gesamtkosten (KG 200-600 nach DIN 276), Anforderungsgrad (Honorarzone), Nutzfläche (NUF1-6), Kontaktdaten des Auftraggebers (öffentlich/privat), Tel./Email. Zur Wertung wird nur die drei am besten bewerteten Referenzen nach den genannten Kriterien / Unterkriterien herangezogen. [2] Angaben zu den Schlüsselpersonen (Gesamtprojektleitung), die für die Erbringung der Leistungen vorgesehen sind: a) — Gesamtprojektleitung des Generalplaners (GP-GPL), Für die benannte Person sind folgende Angaben dem Teilnahmeantrag beizufügen: Name, Nachname, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Nachweis über die Befähigung zur Übernahme der geforderten Leistungen wie Hochschul- und Fachhochschulabschluss, Berufsausbildung und Weiterbildung, Berufsjahre nach Hochschul- oder Fachhochschulausbildung, Berufsjahre als Generalplaner oder in der Projektleitung in leitender Funktion . Die Nachweise wie Lebenslauf, Zeugnisse und Urkunden und eine Liste der persönlichen Referenzen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen; [3] Erklärung des Bewerbers über das jährliche

Mittel der in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) festangestellten Ingenieure/Architekten für entsprechende Leistungen (Objektplanung Gebäude) Geforderte Mindeststandards [zu 1] Die Bewertung eines Referenzprojektes erfolgt nur, wenn alle Bedingungen a) bis c) erfüllt sind: a) Die Referenz muss bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung (LPH 8 HOAI) übergeben sein. Die Übergabe der Referenz(en) darf max. 10 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen, b) Es sind mindestens die Leistungsphasen 2-8 nach HOAI beauftragt worden. c) Die Referenz befindet sich mindestens in Leistungsphase 5. [zu 3] Der Bewerber muss folgende Bedingung erfüllen: a) Die durchschnittliche Anzahl der festangestellten Ingenieure/Architekten für entsprechende Leistungen (Objektplanung Gebäude) muss im Mittel der letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) mindestens 7 Beschäftigte betragen.

Il-kriterji se jintużaw biex jintgħażlu l-kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura

Kriterju: Referenzi fuq servizzi speċifiċi

Deskrizzjoni tal-kriterju ta' selezzjoni: Die nachfolgend genannten Eignungskriterien unterliegen einem Punktesystem, mit welchem der Bewerber insgesamt 500 Punkte erzielen kann. Die 3-5 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Abgabe von Erstangeboten einschließlich aller dazugehörigen Unterlagen aufgefordert. Für die Referenzprojekte, welche die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 300 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Personalsituation kann eine Gesamtpunktzahl von 100 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Eignung / Qualifikation der Projektbeteiligten (GP- Gesamtprojektleitung), die die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 100 Punkten erreicht werden. [1.1] Referenz 1: max. 100 Pkt. [1.1.1] 10 Pkt. = Nutzung: Die Referenz ist ein Schulgebäude/ Bildungsbau mit vergleichbarer Nutzung [1.1.2] 15 Pkt. = Denkmalschutz: Die Referenz ist ein Baudenkmal. [1.1.3] 15 Pkt. = Bauen im Bestand: Die Referenz beinhaltet die Sanierung oder Grundinstandsetzung von Gebäuden mit mehreren Bauabschnitten vergleichbarer Anforderungen an die Steuerung und Koordination. [1.1.4] 15 Pkt. = Das Referenzprojekt ist eine Sanierung, ein Umbau oder eine Erweiterung bei laufendem Betrieb [1.1.5] 10 Pkt. = Die Referenz wurde als Generalplanung durchgeführt, bei der neben der Objektplanung Gebäude mind. 3 weitere Leistungsbilder nach HOAI oder AHO beteiligt waren, die vergleichbar sind mit dem ausgeschriebenen Leistungssoll. [1.1.6] 10 Pkt. = Die Referenz wurde bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung (LPH 8 HOAI) übergeben. [1.1.7] 15 Pkt. = Die Gesamtkosten (KG 200-600) der Referenz betragen mindestens 50 Mio. EUR (brutto). [1.1.8] 5 Pkt. = Das Referenzprojekt wurde nach einem Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen (BNB / DGNB / LEED / BREEAM) zertifiziert [1.1.9] 5 Pkt. = Es handelt sich um eine öffentliche Baumaßnahme, die durch einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB beauftragt wurde. [1.2] Referenz 2 max. 100 Pkt. [1.2.1] 10 Pkt. = Nutzung: Die Referenz ist ein Schulgebäude/ Bildungsbau mit vergleichbarer Nutzung [1.2.2] 15 Pkt. = Denkmalschutz: Die Referenz ist ein Baudenkmal. [1.2.3] 15 Pkt. = Bauen im Bestand: Die Referenz beinhaltet die Sanierung oder Grundinstandsetzung von Gebäuden mit mehreren Bauabschnitten vergleichbarer Anforderungen an die Steuerung und Koordination. [1.2.4] 15 Pkt. = Das Referenzprojekt ist eine Sanierung, ein Umbau oder eine Erweiterung bei laufendem Betrieb [1.2.5] 10 Pkt. = Die Referenz wurde als Generalplanung durchgeführt, bei der neben der Objektplanung Gebäude mind. 3 weitere Leistungsbilder nach HOAI oder AHO beteiligt waren, die vergleichbar sind mit dem ausgeschriebenen Leistungssoll. [1.2.6] 10 Pkt. = Die Referenz wurde bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung (LPH 8 HOAI) übergeben. [1.2.7] 15 Pkt. = Die Gesamtkosten (KG 200-600) der Referenz betragen mindestens 50 Mio. EUR (brutto). [1.2.8] 5 Pkt. = Das Referenzprojekt wurde nach

einem Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen (BNB / DGNB / LEED / BREEAM) zertifiziert [1.2.9] 5 Pkt. = Es handelt sich um eine öffentliche Baumaßnahme, die durch einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB beauftragt wurde. [1.3] Referenz 3 max. 100 Pkt. [1.3.1] 10 Pkt. = Nutzung: Die Referenz ist ein Schulgebäude/ Bildungsbau mit vergleichbarer Nutzung [1.3.2] 15 Pkt. = Denkmalschutz: Die Referenz ist ein Baudenkmal. [1.3.3] 15 Pkt. = Bauen im Bestand: Die Referenz beinhaltet die Sanierung oder Grundinstandsetzung von Gebäuden mit mehreren Bauabschnitten vergleichbarer Anforderungen an die Steuerung und Koordination. [1.3.4] 15 Pkt. = Das Referenzprojekt ist eine Sanierung, ein Umbau oder eine Erweiterung bei laufendem Betrieb [1.3.5] 10 Pkt. = Die Referenz wurde als Generalplanung durchgeführt, bei der neben der Objektplanung Gebäude mind. 3 weitere Leistungsbilder nach HOAI oder AHO beteiligt waren, die vergleichbar sind mit dem ausgeschriebenen Leistungssoll. [1.3.6] 10 Pkt. = Die Referenz wurde bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung (LPH 8 HOAI) übergeben. [1.3.7] 15 Pkt. = Die Gesamtkosten (KG 200-600) der Referenz betragen mindestens 50 Mio. EUR (brutto). [1.3.8] 5 Pkt. = Das Referenzprojekt wurde nach einem Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen (BNB / DGNB / LEED / BREEAM) zertifiziert [1.3.9] 5 Pkt. = Es handelt sich um eine öffentliche Baumaßnahme, die durch einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB beauftragt wurde. [2.] Personalausstattung max. 100 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: [2.1] 50 Pkt. = Die durchschnittliche Anzahl der festangestellten Ingenieure /Architekten für entsprechende Leistungen (Objektplanung Gebäude) in den letzten 3 Geschäftsjahren liegt bei mind. 15 Mitarbeitern (unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente) [2.2] 50 Pkt. = Die durchschnittliche Anzahl der festangestellten Ingenieure /Architekten für entsprechende Leistungen (Objektplanung Gebäude) in den letzten 3 Geschäftsjahren liegt bei mind. 30 Mitarbeitern (unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente) 3.]Eignung/Qualifikation der Projektbeteiligten: max. 100 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: [3.1.1] 20 Pkt. = Die GP-Gesamtprojektleitung weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss als Architekt oder Bauingenieur nach. [3.1.2] 30 Pkt. = Die GP-Gesamtprojektleitung weist mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der Generalplanung in leitender Position nach. [3.1.3] 20 Pkt. = Die GP-Gesamtprojektleitung hat mindestens eine der vorweg genannten Referenzen in leitender Funktion bearbeitet. [3.1.4] 30 Pkt. = Die GP-Gesamtprojektleitung hat Erfahrungen in leitender Funktion bei mindestens einem Projekt, welches die Sanierung oder Grundinstandsetzung von Gebäuden mit vergleichbaren Anforderungen beinhaltet. Die Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211EU F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.

Il-kriterji se jintużaw biex jintgħażlu l-kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura

Informazzjoni dwar it-tieni stadju ta' proċedura b'żewġ stadji:

Numru minimu ta' kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura: 3

Numru massimu ta' kandidati li għandhom jiġu mistiedna għat-tieni stadju tal-proċedura: 5

Il-proċedura se ssir fi stadji suċċessivi. F'kull stadju, xi parteċipanti jistgħu jiġu eliminati

Ix-xerrej jirriżerva d-dritt li jagħti l-kuntratt abbażi tal-offerti inizjali mingħajr negozjar ulterjuri

5.1.10. Kriterji tal-ghoti

Kriterju:

Tip: Prezz

Deskrizzjoni: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt.

5.1.11. Dokumenti tal-akkwist

Lingwi li bihom id-dokumenti tal-akkwist huma disponibbli uffċjalment: Ġermaniż

Skadenza biex tintalab informazzjoni addizzjonali: 08/07/2026 13:30:00 (UTC+02:00) Hin tal-Ewropa tal-Lvant, Hin tas-sajf tal-Ewropa Ċentrali

Indirizz tad-dokumenti tal-akkwist: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/204237>

Mezz ta' komunikazzjoni ad hoc:

Isem: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Termini tal-akkwist

Termini tas-sottomissjoni:

Sottomissjoni elettronika: Meħtieġa

Indirizz għas-sottomissjoni: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Lingwi li bihom jistgħu jiġu sottomessi offerti jew talbiet għall-partecipazzjoni: Ġermaniż

Katalogu elettroniku: Mhux permessa

Varjanti: Mhux permessa

L-offerenti jistgħu jifgħu aktar minn offerta waħda: Mhux permessa

Skadenza biex jintlaqgħu t-talbiet għall-partecipazzjoni: 20/07/2026 13:30:00 (UTC+02:00) Hin tal-Ewropa tal-Lvant, Hin tas-sajf tal-Ewropa Ċentrali

Informazzjoni li tista' tiġi ssupplimentata wara l-iskadenza għas-sottomissjoni:

Fid-diskrezzjoni tax-xerrej, id-dokumenti kollha neqsin relatati mal-offerent jistgħu jiġu pprezentati aktar tard.

Informazzjoni addizzjonali: Angaben in den Vergabeunterlagen sind zu beachten

Termini tal-kuntratt:

L-eżekuzzjoni tal-kuntratt għandha titwettaq fil-qafas ta' programmi ta' impjiegi protetti: Le Kundizzjonijiet relatati mat-twettiq tal-kuntratt: siehe Vergabeunterlagen. Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich.

Fatturazzjoni elettronika: Meħtieġa

Se tintuża l-ordni elettronika: iva

Se jintuża l-pagament elettroniku: iva

Forma legali li għandha tittiehed minn grupp ta' offerenti li jingħata kuntratt: Eine Bewerber- / Bietergemeinschaft hat mit Teilnahmeantrag eine Erklärung (ZEEE) aller Mitglieder in Textform abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Tekniki

Ftehim qafas:

Ebda ftehim ta' qafas

Informazzjoni dwar is-sistema dinamika tax-xiri:

Ebda sistema dinamika ta' xiri

5.1.16. Aktar informazzjoni, medjazzjoni u rieżami

Organizzazzjoni tar-rieżami: Vergabekammer des Landes Berlin

Informazzjoni dwar l-iskadenzi tar-rieżami: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15

Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

Organizzazzjoni li tipprovdi iktar informazzjoni dwar proċeduri tar-rieżami: Vergabekammer des Landes Berlin

8. Organizzazzjonijiet

8.1. ORG-0001

Isem uffiċjali: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau
Numru tar-registrazzjoni: 0204:11-1300000V01-71
Dipartiment: Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau
Indirizz postali: Fehrbelliner Platz 4
Belt: Berlin
Kodiċi postali: 10707
Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Berlin (DE300)
Pajjiż: Il-Ġermanja
Punt ta' kuntatt: SenStadt, Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau
Email: vergabe-hochbau@senstadt.berlin.de
Telefown: +49 30901733342
Indirizz tal-internet: <https://www.berlin.de/sen/sbw/>
Profil tax-xerrej: <https://www.berlin.de/vergabeplattform/>
Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:
Xerrej

8.1. ORG-0002

Isem uffiċjali: Vergabekammer des Landes Berlin
Numru tar-registrazzjoni: 0204:11-1300000V00-74
Indirizz postali: Martin-Luther-Str. 105
Belt: Berlin
Kodiċi postali: 10825
Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Berlin (DE300)
Pajjiż: Il-Ġermanja
Punt ta' kuntatt: Vergabekammer des Landes Berlin

Email: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefown: +49 3090138316

Fax: +49 3090137613

Indirizz tal-internet: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:

Organizzazzjoni tar-rieżami

Organizzazzjoni li tipprovdi iktar informazzjoni dwar proċeduri tar-rieżami

8.1. ORG-0003

Isem uffiċjali: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Numru tar-registrazzjoni: 0204:994-DOEVD-83

Belt: Bonn

Kodiċi postali: 53119

Sottodivizjoni tal-pajjiż (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Pajjiż: Il-Ġermanja

Email: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefown: +49228996100

Rwoli ta' din l-organizzazzjoni:

TED eSender

Informazzjoni dwar l-avviż

Identifikatur/verżjoni tal-avviż: 1cd757ef-907f-4f86-a413-94313eeb8b79 - 01

Tip ta' formola: Kompetizzjoni

Tip ta' avviż: Avviż tal-kuntratt jew tal-konċessjoni – reġim standard

Sottotip tal-avviż: 16

Data ta' meta ntbaġħat l-avviż: 18/06/2026 13:39:00 (UTC+02:00) Hin tal-Ewropa tal-Lvant,
Hin tas-sajf tal-Ewropa Ċentrali

Lingwi li bihom dan l-avviż huwa disponibbli uffiċjalment: Ġermaniż

Numru tal-pubblikazzjoni tal-avviż: 421190-2026

Numru tal-ħarġa tal-ĠU S: 117/2026

Data tal-pubblikazzjoni: 19/06/2026